informationen
vpod zürich
September 2026

Call for Workshops: Gestalte die Tagung mit!

«Für eine echte Gesundheitspolitik»

Am Samstag, 7. November 2026, kommt die «Koalition für eine echte Gesundheitspolitik» im Alten Spital in Solothurn zusammen. Um das Programm aktiv und praxisnah zu gestalten, rufen wir Organisationen, Kollektive und Fachpersonen dazu auf, eigene Workshop-Beiträge einzureichen. Reicht eure Ideen bis zum 9. Oktober 2026 ein!

Eure Themen und Strategien sind gefragt!
Die Tagung – initiiert vom VPOD zusammen mit Gewerkschaften, Organisationen, Parteien und sozialen Bewegungen – soll eine breite Plattform für Veränderung im Gesundheitswesen sein. Damit die Vollversammlung von den Erfahrungen aller Teilnehmenden profitiert, lebt der Tag von euch mitgestalteten Workshops.
Ob Patient*innenorganisation, Branchenverband, Wissenschaftlerin oder Praktiker aus dem Arbeitsalltag: Wir suchen Beiträge, Diskussionen und Impulse, die uns gemeinsam voranbringen.

Mögliche Fragestellungen für euren Workshop:
- **Themen & Ziele:** Was sind die dringlichsten Anliegen für eine progressive Gesundheitspolitik?
- **Strategie & Bewegung:** Welche Bündnisse und Kampagnen brauchen wir, um das politische Kräfteverhältnis zu verändern?
- **Learning & Best Practice:** Von welchen erfolgreichen Initiativen oder Bewegungen in der Schweiz können wir lernen?
- **Eigene Projekte:** Welche Ideen oder Initiativen aus eurer Organisation wollt ihr zur Diskussion stellen?

Ihr könnt sowohl ein komplettes Workshop-Konzept als auch einzelne Beiträge innerhalb eines Workshops vorschlagen.

So reicht ihr eure Vorschläge ein
Bitte sendet eure Ideen sowie eure Ansprechperson bis spätestens **9. Oktober 2026** an uns. Das definitive Tagungsprogramm wird Mitte Oktober zusammengestellt.
- **Kontakt:** Roman Künzler (Zentralsekretär Gesundheitsbereich VPOD)
- **E-Mail:** roman.kuenzler@vpod-ssp.ch

Eckdaten zur Tagung
- **Wann:** Samstag, 7. November 2026 (9.30–17.00 Uhr, Workshop-Phase von 10.45–14.30 Uhr inklusive Mittagessen)
- **Wo:** Altes Spital, Solothurn
- **Wer:** Alle fortschrittlichen Kräfte im Gesundheitswesen – Let's organize!
- **Teilnahmegebühr:** 50 CHF, für VPOD-Mitglieder kostenlos!

Roman Künzler, Zentralsekretariat VPOD/SSP

Abstimmung: Ja zum Lehrpersonal-Kompromiss

Gute Schule braucht Zeit

Gute Bildung entsteht nicht nur im Klassenzimmer. Lehrpersonen bereiten den Unterricht vor und nach, begleiten Schüler*innen, arbeiten mit Eltern zusammen, organisieren Projekte, lösen Konflikte und sorgen dafür, dass jedes Kind bestmöglich gefördert wird. Dafür brauchen gerade Klassenlehrpersonen genügend Zeit.
Mit dem Lehrpersonal-Kompromiss wird die Zeit für die Unterrichtsvorbereitung (Lektionenfaktor von 58 auf 59) sowie für die zusätzlichen Aufgaben der Klassenlehrpersonen (Arbeitszeitpauschale von 100 auf 160 Stunden) erhöht. Damit trägt der Berufsauftrag dem tatsächlichen Arbeitsaufwand besser Rechnung.
Der heutige Berufsauftrag des Lehrpersonals deckt die effektiv anfallenden Aufgaben nur ungenügend ab. Deshalb leisten Lehrpersonen durchschnittlich knapp 1,5 Stunden unbezahlte Überzeit pro Tag. Dauerhafte Überzeit darf nicht die Grundlage einer guten Schule sein. Mit dem Lehrpersonal-Kompromiss wird der tatsächliche Arbeitsaufwand im Berufsauftrag besser abgebildet. So bleiben erfahrene Lehrpersonen länger im Beruf, wovon Kinder und Schule nachhaltig profitieren.
Eine starke Volksschule ist die Grundlage für den Erfolg des Kantons Zürich. Hier erwerben Kinder und Jugendliche jene Fähigkeiten, die sie später im Beruf benötigen. Wer heute in gute Schulen investiert, investiert in die Fachkräfte von morgen. Der Lehrpersonal-Kompromiss stärkt die Bildungsqualität und damit auch den Wirtschaftsstandort Zürich. Der Kanton Zürich und seine Gemeinden sind Arbeitgeber der Lehrpersonen. Mit dem Lehrpersonal-Kompromiss übernehmen sie Verantwortung und schaffen faire Arbeitsbedingungen, in dem der tatsächliche Arbeitsaufwand im Berufsauftrag besser abgebildet wird.

Komitee Lehrpersonal-Kompromiss

Mehr Infos: https://lehrpersonal-kompromiss.ch

Stadt Zürich: öV und VBZ am Limit

Nun doch: Personalmangel!

1058 VBZ-Mitarbeitende warten auf eine Antwort ihres Stadtrats. Sie hatten am 8. Juli ihre Unterschriften für die Stärkung der Attraktivität ihres Berufs eingereicht und um Antwort ersucht. Bis Ende August. Vergeblich. Was bedeutet das?
Kürzlich haben die VBZ die Streichung zweier Tramlinien angekündigt, weil das Personal fehle. So die neue, offizielle Leseart unter Direktor Martin Sturzenegger. Eine Hiobsbotschaft – nicht nur für den verantwortlichen Stadtrat Michael Baumer (FDP) – angesichts immer weiter steigender öV-Preise im Kanton Zürich. Bis vor Kurzem hiess es noch vom Ex-VBZ-Betriebschef im Radio SRF, man habe «nicht grundsätzlich zu wenig Personal». Ausgerechnet an jenem Tag, an dem sich die VPOD-Gewerkschafter*innen in Oerlikon beim Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) für Investitionen ins öV-Personal und damit für ihre VBZ einsetzten. Am ersten Aktionstag für mehr «Respäkt fürs öV-Personal» vom 18. November 2025. Jetzt heisst es, die Rekrutierung wurde verschlafen. Auch angesichts der hohen Anzahl Pensionierungen sei die Situation herausfordernd. Aber jetzt werde alles gut.
Letzten Herbst hatte ZVV-Direktor Dominik Brühwiler die Gewerkschafter*innen zurück an die VBZ verwiesen. Die Transportunternehmen seien für gute Arbeitsbedingungen zuständig, der ZVV habe keinen Einfluss. Um dann ein halbes Jahr später einen Rahmenkredit und Investitionen von knapp 1 Milliarde Franken u. a. für einen 24-Stunden-Betrieb in den Städten anzukündigen. Nur, mit welchem Personal? Während im Vergleich die Einführung einer 35-Stunden-Woche im Schichtbetrieb anfänglich Investitionen von maximal 8 Millionen Franken erfordern würde – einen starken «return-on-investment» vor Augen, wie sich in anderen Branchen gezeigt hat.
Entsprechend haben sich die VPOD-Gewerkschafter*innen in der Folge wieder an ihren Stadtrat gewendet und am 8. Juli die Petition «für faire Arbeitsbedingungen» übergeben. Darin fordern sie das Ende der «Gratis-Arbeit», die Teilnahme am städtischen Pilotversuch für eine 35-Stunden-Woche in den Schichtbetrieben, maximal 90-minütige Pausen zwischen zwei Dienstteilen sowie Transparenz bei den Verhandlungen um eine neue betriebliche Vereinbarung, die Ende 2027 ausläuft.
Die im VPOD organisierten VBZ-Mitarbeitenden diskutieren diesen Herbst über die Kosten und den Nutzen der bestehenden betrieblichen Vereinbarung, die den Entwicklungen der letzten zehn Jahre offensichtlich nicht mehr gerecht wird. Wenn Personalmangel, täglich ausfallende Tram- und Buskurse und viel zu hohe Gesundheitskosten resultieren. Trotz steigender öV-Preise.
Möglicherweise werden sie eine neue Vereinbarung nur dann unterstützen, wenn ihre Forderungen angemessen berücksichtigt werden. Und sich dann die Frage nach der Alternative stellen. Und wohlweislich sich vor Augen führen, was sie zu verlieren haben. Angesichts des Gesundheitsrisikos ihres Berufs kombiniert mit der Lethargie und Gleichgültigkeit ihrer politischen Führungsperson Stadtrat Michael Baumer. Die Folge: die Streichung von Linien.
Dieser hat am 8. Juli deutlich sein Missfallen gezeigt, mochte bisher nicht auf das Schreiben eingehen und hat die Antwort auf die Petition scheinbar an VBZ-Direktor Sturzenegger delegiert. Dieser hat sich im August direkt an die VBZ-Mitarbeitenden gewendet. Es sei ihm und der Geschäftsleitung wichtig zu betonen, dass sich die VBZ «laufend und seit vielen Jahren für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden im Schichtdienst einsetzen». Die VBZ würden einen partnerschaftlichen, konstruktiven und transparenten Umgang mit ihren Personalverbänden pflegen und er hoffe, dass dies nicht nur mit Syna und transfair, sondern auch weiterhin mit dem VPOD möglich sei.
Nicht nur bei den Unterzeichnenden Mitarbeitenden hat diese Botschaft viele Fragezeichen und ein ungutes Gefühl hinterlassen. Denn angesichts hunderter bevorstehender Pensionierungen und attraktiverer Berufsfelder wird sich der Personalmangel in den nächsten Jahren weiter verschärfen, wenn die Verantwortlichen die Vorschläge des Personals weiterhin ignorieren und den VPOD nach altem Muster in eine Ecke zu stellen versuchen. Die Mitglieder des VPOD werden diesen Kontext berücksichtigen, wenn sie in den nächsten Monaten darüber entscheiden, wie es weitergehen soll.

Duri Beer, Regionalsekretär VPOD Zürich

Bild: VPOD Zürich

Ausbau statt Abbau im ÖV. Der VPOD fordert Investitionen ins Personal.

Abstimmungsparolen VPOD Zürich

Kantonale und städtische Abstimmungen und Wahlen vom 27. September 2026
- **JA** zur Erhöhung der städtischen Subventionen an das Kunsthaus
- **JA** zum nBa-Kompromiss (Lehrpersonalgesetz, Anpassung neuer Berufsauftrag)
- Wahlempfehlung Friedensrichterin Zürich Kreis 7 & 8: Sabine Ziegler, Baurichterin, Vizepräsidentin Abt. 3

Agenda

Samstag, 19. September, 13.30 Uhr
Versammlung Kita-GAV
Zürich, VPOD-Sekretariat

Sonntag, 20. September, 10 Uhr
Lauf gegen Rassismus
Zürich, Bäckeranlage

Montag, 21. September, 19 Uhr
Vorstand VPOD Zürich
Zürich, VPOD-Sekretariat

Donnerstag, 1. Oktober, 9.30–17.00 Uhr
Wie funktioniert meine Pensionskasse?
Zürich, VPOD-Sekretariat

Donnerstag, 8. Oktober, 9.30–17.30 Uhr
AZG-Kurs (CZV-anerkannt)
Zürich, VPOD-Sekretariat

Mittwoch, 21. Oktober, 19 Uhr
Vorstand VPOD Zürich
Zürich, VPOD-Sekretariat

Mittwoch, 28. Oktober, 18 Uhr
How to strike? Crashkurs
Zürich, VPOD-Sekretariat

Danke für deine Solidarität. Deine Mitgliedschaft. Dein Engagement. Deine Arbeit. Du kriegst eine «Prämie», wenn du ein VPOD-Neumitglied gewinnst. Es lohnt sich: https://zuerich.vpod.ch/mitmachen/service/

Impressum: Eine Beilage zum VPOD-Magazin | **Herausgeber:** VPOD Schweiz, Generalsekretärin Rebekka Wyler und VPOD Zürich | **Redaktion:** Duri Beer (db.), Christoph Schlatter (slt.) | **Auflage:** 3000 Exemplare
VPOD Zürich Informationen: Postfach 8470, 8036 Zürich, Telefon 044 295 30 00, info@vpod-zh.ch, www.zuerich.vpod.ch | Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

SGB: Gesundheitsschutz

Horrende Kosten pro Kopf

«Gesundheitsbedingte Absenzen haben stark zugenommen und verursachen Milliardenkosten.» Dies schreibt der Bundesrat in einem Bericht. Während er die Kosten für die Arbeitgeber beziffert, lässt er jene der Arbeitnehmenden ausser acht. Dabei beliefen sich diese bereits vor vier Jahren auf durchschnittlich 1100 CHF pro Kopf. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) fordert Konsequenzen: Statt den Arbeitnehmerschutz weiter aufzuweichen, müssen krankmachende Arbeitsbedingungen wirksamer bekämpft werden.

2024 beliefen sich die gesundheitsbedingten Absenzen auf 407 Millionen Stunden. Das sind über ein Drittel mehr als 2010. Der Bundesrat beziffert die Kosten des bezahlten Krankheitsurlaubs für 2022 auf 12,7 Milliarden Franken. Rund 62 Prozent davon trugen die Arbeitgeber. Was im Bericht fehlt, sind die Kosten der Arbeitnehmenden.

Diese sind substanziell: Die Kosten der gesundheitsbedingten Absenzen für die Arbeitnehmenden beliefen sich 2022 auf schätzungsweise 4,2 Milliarden Franken. Ein grosser Teil davon wird von den Arbeitnehmenden über Versicherungsprämien getragen.

Hinzu kommen individuelle Lohneinbussen. Diese finanziellen Kosten kommen zu den gesundheitlichen Folgen von Krankheit und Unfall hinzu. Der Bericht zeigt gleichzeitig, wo angesetzt werden muss.

Körperliche Belastungen und psychosoziale Faktoren wie Stress gehen mit höheren Absenzen einher. Gerade in körperlich belastenden Berufen sind die Absenzen besonders hoch. Die Antwort auf steigende Absenzen muss deshalb ein wirksamerer Gesundheitsschutz sein.

Der SGB fordert die Arbeitgeber auf, ihrer Verantwortung stärker nachzukommen. Nötig sind ausreichend Personal, verlässliche Dienstpläne, die konsequente Einhaltung von Arbeits- und Ruhezeiten sowie wirksame Massnahmen gegen übermässigen Zeit- und Leistungsdruck. Psychosoziale und organisatorische Gesundheitsrisiken müssen systematisch erfasst und gemeinsam mit den Arbeitnehmenden bekämpft werden.

Auch der Staat muss handeln. Der SGB fordert eine deutliche Stärkung von Vollzug und Prävention. Gleichzeitig müssen die Angriffe auf den Arbeitnehmerschutz gestoppt werden. Wer steigende Absenzen beklagt, kann nicht gleichzeitig die Sonntagsarbeit ausweiten und Arbeitstage von bis zu 17 Stunden ermöglichen.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)

Gegen Gewalt am öV-Personal

Der Aktionstag «Gegen Gewalt am öV-Personal» vom 3. September war ein voller Erfolg. Dabei haben die Gewerkschaften VPOD und SEV am Hauptbahnhof und am Bahnhof Wiedikon tausende Flyer verteilt um für das Thema zu sensibilisieren. Gleichzeitig wurden die VBZ-Fahrer*innen mit einem eigenen Flyer bedient, der ihnen die Handlungsoptionen aufzeigt, wenn sie von verbalen oder physischen Angriffen betroffen sind. Es war nach dem Auftakt im letzten Jahr der erste Aktionstag in der Branche, der auch in anderen Kantonen durchgeführt und durch den SEV initiiert wurde.

Bild: VPOD Zürich

Gewalt gegen das öV-Personal. Ein Offizialdelikt.

VPOD Zürich: Herzlich Willkommen!

Neumitglieder-Apéro 2026

Bereits über 200 Berufsleute aus dem öffentlichen Dienst haben sich im ersten Halbjahr dazu entschieden aufzubrechen und sich im VPOD zu engagieren. Für den Ausbau und die Verbesserung guter Arbeitsplätze im Service public. Rund 20 von ihnen haben sich kürzlich beim Neumitglieder-Apéro vernetzt. Eine davon ist Mia Müller:

Wer bist du?
Ich lebe seit 30 Jahren in der Schweiz. Ich arbeite in der Stadt Zürich bei der Arbeitsintegration im Bereich Bildung und Förderung. Ich unterrichte Grundkenntnisse in Mathematik und Informatik und unterstütze die Klientinnen und Klienten im Bewerbungsprozess.

Gibt es betriebliche Themen, die den Leuten unter den Nägeln brennen, damit es noch besser wird?
Jaja, es ist ganz super bei uns. Wir haben neu die Mitbestimmung, die wunderbar umgesetzt wird. Aber das ist ein anderes Thema. Seit ich bei der Arbeitsintegration bin, seit viereinhalb Jahren, ist der Wunsch von allen da nach Supervision. Aber es wird geklemmt. Es sei nicht budgetiert, oder es greife jetzt ein neues Konzept, das die Supervision obsolet mache. Dabei ermöglicht die Supervision eine strukturelle Diskussion, die über Einzelfallbesprechungen hinausgeht. Eine solche Diskussion würden wir uns alle wünschen und wäre auch für den Betrieb sehr nützlich.

Was könnten wir gemeinsam unternehmen, um eine Supervision trotzdem möglich zu machen?
Ich habe recherchiert: Der gesetzliche Anspruch ist gegeben und ich habe bereits mehrere Vorstösse gemacht, die ich dokumentiert habe. Auch die Begründung für die Ablehnung. Ich erhoffe mir nun, dass die Gewerkschaft der Geschäftsleitung nochmals darlegt, dass der gesetzliche Anspruch besteht und uns hilft, uns mit diesem Anliegen durchzusetzen. Ich bin dazu bereit Unterschriften zu sammeln um glaubhaft zu machen, dass viele Mitarbeitende hinter diesem Anliegen stehen.

Bild: VPOD Zürich

Supervision bei der Arbeitsintegration. Mia Müller nimmt einen weiteren Anlauf.

Im Recht mit dem VPOD

«Phishing expedition»

«Bei meiner Arbeit in der Stadt Zürich fallen viele Daten über meinen Standort, meine Aufenthaltsdauer usw. an. Das Verhältnis zu meinem Vorgesetzten ist belastet – er hat offensichtlich etwas gegen mich und will mich loswerden. Obwohl ich immer alle Ziele vollständig erfüllt habe und sich viele meiner Kolleginnen und Kollegen für mich einsetzen. Doch nun lässt er elektronische Daten auswerten bzw. wertet sie selber aus. In der Absicht mir Fehler unterstellen zu können und mich so loszuwerden. Darf er das?»

Nein. Arbeitsgesetz, Datenschutz, Personalrecht. Sie alle legen fest, dass elektronische Daten nur dann ausgewertet werden dürfen, wenn die Auswertung einen betrieblichen Zweck erfüllt. Und auch dann nur anonymisiert. Ausserdem müssen Zugang zu den Daten, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar geregelt sein. Oder aber es muss ein Schaden entstanden sein, der es rechtfertigt, sensible Daten wie Videoaufnahmen, Tonspuren, Festplatten usw. auszuwerten, damit der Sachverhalt erstellt werden kann. Potenziell stellt jede Auswertung einen Eingriff in die Rechte der Mitarbeitenden dar, der begründet sein muss. Der Betroffene hat Anspruch auf Information und Rechtsschutz.

Solche Machenschaften nennt man in der Sprache der Anwälte «fishing expedition». Dieser Begriff bezeichnet eine ungezielte, weitreichende Suche nach Informationen oder Beweisen, ohne dass bereits ein konkreter Verdacht oder eine klar eingegrenzte Fragestellung besteht. Auf Deutsch kann man den Begriff je nach Kontext mit «ins Blaue hinein ermitteln», «Ausforschungsbeweis» oder «ungezielte Beweissuche» wiedergeben. Er ist nicht mit «Phishing» im Sinne von Internetbetrug gleichzusetzen.

(Quelle: Cambridge Dictionary, fishing expedition: https://dictionary.cambridge.org/dictionary/english/fishing-expedition)

Unterschreibe jetzt!

Der VPOD unterstützt das Referendum gegen den Mindestlohn-Angriff. Lade den Bogen herunter, unterschreibe und sammle Unterschriften in deinem Umfeld – bis Anfang Oktober 2026 brauchen wir 50 000.

https://lohn-angriff.ch/